Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Der Deal
2. Altmaier will Arbeitslosenbeitrag senken
3. Worker's buy-out statt Betriebsschließung
4. „Katastrophale Bedingungen" Fleischindustrie beutet osteuropäische Arbeiter aus
5. Teilhabechancengesetz: Jobcenter nutzen Förderungen unterschiedlich
6. "Es fehlen bald 300.000 Erzieher"
7. Die Ungleichheit in der OECD ist auf einem Rekordniveau – darunter hat die Gesellschaft zu leiden
8. Chronische Unterfinanzierung: Demokratieprojekte stehen vor dem Aus
9. "Don't be a tough guy. Don't be a fool!"
10. Straßen in Ecuador werden gereinigt, Parteien und Presse politisch gesäubert
11. Chinas Wachstum fällt auf 6,0 Prozent
12. Das „Wunder in Portugal": Widerstand gegen die Verarmungspolitik der EU
13. Goldman Sachs und mein Krebs
14. Sonntags shoppen, brunchen, Klima killen

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Der Deal**
   Auch nach der gestrigen Einigung auf die Modalitäten für den britischen Austritt aus der Union befeuert die EU-27 die Remain-Fraktion im britischen Parlament. Einhellig haben die Staats- und Regierungschefs der Union die Bitte von Premierminister Boris Johnson zurückgewiesen, sich gegen eine erneute Verschiebung des Brexit-Termins auszusprechen. Ein derartiges Votum hätte faktisch die Annahme des Deals durch das Londoner Unterhaus und damit das Ende der Streitigkeiten um den EU-Austritt durchgesetzt. EU-Ratspräsident Donald Tusk lockt die britischen Befürworter eines

Verbleibs in der EU mit der Aussage: “Unsere Tür wird immer offen sein.” Erleichterte Stellungnahmen sind dagegen aus der deutschen Wirtschaft zu hören. Dort wurden im Falle eines “harten” Brexits Milliardenverluste befürchtet; bereits jetzt ist der Warentausch mit Großbritannien, das einst fünftwichtigster Handelspartner der Bundesrepublik war, empfindlich eingebrochen. Sollte der Deal am morgigen Samstag im britischen Parlament scheitern, dann freilich, heißt es, bestünden die Risiken fort.
Quelle: German Foreign Policy

dazu: “Plan B”: EU stellt sich auf Scheitern des Brexit-Deals ein
Die EU-Chefs glauben selbst nicht recht an ihren neuen Brexit-Deal. Hinter verschlossenen Türen haben sie über einen “Plan B” beraten – für den Fall, dass das Unterhaus Nein sagt. Auch das Europaparlament spielt nicht mit.
“Wir haben die meiste Zeit damit verbracht, die Szenarien A, B, C und D zu diskutieren”, sagte Litauens Präsident Nauseda nach einer langen Nacht beim EU-Gipfel in Brüssel. Das Hauptszenario ist – wenig überraschend – eine weitere Verschiebung des Brexit. Der britische Premier Johnson hat sie zwar kategorisch ausgeschlossen. Bei einem “No” will er den “Ni Deal”.
Auch Noch-Kommissionschef Juncker will keine Verlängerung. “Wenn wir einen Deal haben, dann haben wir einen Deal, und dann gibt es keinen Grund für eine Verlängerung.” Doch der Luxemburger, der irgendwann im Dezember abtreten dürfte, findet bei den EU-Chefs kein Gehör mehr. So sprach sich Kanzlerin Merkel für eine Verlängerung aus. Ein Nachspiel werde unvermeidlich, wenn das Unterhaus den Johnson-Deal am Samstag ablehnt, sagte sie nach Darstellung des “Guardian”. Die Äußerung fiel im kleinen Kreis, unter Ausschluss der Öffentlichkeit.
Quelle: Lost in Europe

2. **Altmaier will Arbeitslosenbeitrag senken**
Wirtschaftsminister korrigiert seine Prognose für 2020 nach unten. Er sucht nach Auswegen.
Um die schwächelnde Konjunktur zu beleben, fordert Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier, Anfang 2020 den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 bis 0,4 Prozentpunkte zu senken. „Das wäre eine echte Entlastung“, sagte der CDU-Politiker bei der Vorstellung der neuesten Konjunkturprognose der Bundesregierung in Berlin. Die Rücklagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) entwickelten sich angesichts der weiter steigenden Erwerbstätigkeit positiver als erwartet. Zuletzt wurde der Beitragssatz Anfang dieses Jahres von 3 auf 2,5 Prozent reduziert. Trotzdem verfügt die BA über eine Reserve von über 20 Mrd. EUR, die Experten für nötig halten, um einen Konjunktureinbruch zu bewältigen. Allerdings müsste Arbeitsminister Hubertus

Heil (SPD) die Initiative ergreifen. Er und die SPD wollen eher mehr Geld für Weiterbildung ausgeben.
Quelle: Schwäbische Post

Anmerkung André Tautenhahn: *Eine echte Entlastung für wen, wird im Beitrag nicht erklärt. Auf die Beschäftigten, die möglicherweise arbeitslos werden, trifft das aber mit Sicherheit nicht zu. Denn eine Senkung der Versicherungsbeiträge bedeutet in erster Linie für sie auch weniger Leistungen. Da es ja der Wirtschafts- und nicht der Arbeitsminister ist, kann man davon ausgehen, dass Altmaier eine Entlastung für die Wirtschaft, also vor allem die Unternehmen gemeint hat. Bei der Vorstellung der Herbstprognose sagte er:*

> Jetzt gilt es, die Ärmel hochzukrempeln. Unsere Unternehmen sind stark, brauchen aber mehr Rückenwind von der Bundesregierung. Mit meinen Strategien für den Mittelstand und die Industrie habe ich Vorschläge dazu vorgelegt. Wir brauchen jetzt Wachstumspolitik mit Steuerentlastungen und Bürokratieabbau, …"

Bürokratieabbau, Steuersenkungen und jetzt noch weniger Sozialversicherungsbeiträge, das sind alberne Vorschläge, die als Instrumente zur Abwehr einer Rezession gänzlich ungeeignet sind.

3. **Worker's buy-out statt Betriebsschließung**
   Wenn der Boss den Laden dicht macht
   Es muss nicht gleich Enteignung sein. Wie wäre es mit einem Vorkaufsrecht der Belegschaft?
   Alternative zu willkürlicher Schließung und Arbeitslosigkeit. In Italien emöglicht das Marcora-Gesetz die Betriebsübernahme durch Genossenschaften.
   Seit 1985 regelt in Italien das Legge Marcora bei Unternehmensabwicklungen ein Vorkaufsrecht für seine Beschäftigten. Ein dichtes Netz verschiedener Institutionen begleitet die Arbeiter*innen dabei, ihren Betrieb in eine Genossenschaft umzuwandeln; unterstützt sie finanziell und durch entsprechendes Know-How.
   In einer Untersuchung des democracy collaborative hat sich jüngst herausgestellt, dass in den USA 69% der Befragten ein solches Modell befürworten würden – und zwar über das gesamte parteipolitische Spektrum hinweg.
   Für Großbritannien entwickelt die Labour Party unter dem Schlagwort des ‚right to

own‘ einen an das italienische Gesetz angelehnten Entwurf.
Quelle: arbeitsunrecht

4. **„Katastrophale Bedingungen“ Fleischindustrie beutet osteuropäische Arbeiter aus**
   Florin G. zerlegt in einem westfälischen Schlachtbetrieb Schweine im Akkord. Obwohl er 40 Stunden in der Woche Schwerstarbeit leistet, bekommt er von seinem Bruttolohn von 1820,29 Euro nur 958,40 Euro ausgezahlt. Laut der Abrechnung, die dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vorliegt, werden von seinem Nettogehalt direkt Miet- und Transportkosten in Höhe von 350 Euro abgezogen, die auf andere Konten überwiesen werden.
   „Der Fall zeigt, wie eine Reihe von weiteren Profiteuren hier die Hand aufhalten“, sagt Armin Weise von der Gewerkschaft Nahrung, Genuss und Gaststätten (NGG) in Bielefeld. „Die gezielte Ausbeutung und die Aktivitäten professioneller Menschenhändler bei der Vermittlung von Arbeitskräften in der Fleischwirtschaft wurden bislang überwiegend mit einem Schulterzucken hingenommen.“
   Quelle: Kölner Stadtanzeiger
5. **Teilhabechancengesetz: Jobcenter nutzen Förderungen unterschiedlich**
   Seit Jahresbeginn können Langzeitarbeitslose in einer der beiden Maßnahmen nach dem Teilhabechancengesetz einen geförderten Arbeitsplatz erhalten. Doch eine erste Bilanz sechs Monate nach der Einführung zeigt: Nicht alle Jobcenter nutzen die neuen Fördermöglichkeiten.
   Seit dem 1. Januar können erwerbsfähige Langzeitbezieher von Hartz-IV-Leistungen über eins der beiden Instrumente des Teilhabechancengesetzes eine geförderte Arbeitsstelle erhalten. Aus einer Auswertung der Förderstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) geht allerdings hervor, dass das Gesetz von den Jobcentern unterschiedlich oft und zum Teil gar nicht angewendet wird.
   Anhand des Statistik-Angebots lässt sich zum aktuellen Zeitpunkt für jedes der 406 Jobcenter in Deutschland ermitteln, wie viele Zuweisungen in die neuen Instrumente im ersten Halbjahr seit der Einführung zustande kamen. 58 Jobcenter meldeten im ersten Halbjahr in mindestens einem der neuen Instrumente „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ (TaAM) oder „Eingliederung von Langzeitarbeitslosen“ (EVL) keine Zuweisungen. Eine Überschneidung gab es bei 14 von ihnen, die keine wendeten der beiden Förderungen anwendeten. 52 von 406 Jobcentern, also etwa ein Achtel, verzeichnete keine Zuweisung in die EVL. Bei 20 Jobcentern gab es im ersten Halbjahr keine Zuweisung in die TaAM.
   Quelle: O-Ton Arbeitsmarkt
6. **“Es fehlen bald 300.000 Erzieher”**
   Das Familienministerium hat eine Fachkraftoffensive für Erzieher gestartet.

Bildungsforscher Hans-Günther Roßbach sagt: Das kann nur ein erster Schritt sein. Überall im Land fehlt es an Erzieherinnen und Erziehern. Das Familienministerium will daher den Beruf attraktiver machen. Mit einer Fachkraftoffensive fördert Ministerin Franziska Giffey seit September 2.500 Ausbildungsplätze. Das Modell soll neue Standards setzen. Hans-Günther Roßbach, Bildungsforscher und ehemaliger Direktor des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe (LIfBi), sieht das etwas skeptischer, wie er im Interview erzählt. […]
ZEIT ONLINE: Ein besserer Schlüssel war eines der großen Ziele des Gute-Kita-Gesetzes. War das also fehlgeleitet?
Roßbach: Das Gesetz hat auch gute Aspekte, immerhin sind die bereitgestellten 5,5 Milliarden Euro ein guter Einstieg. Allerdings bietet das Gesetz nur einen Werkzeugkasten, aus dem sich die Länder jeweils bedienen können. Viele finanzieren damit die Beitragsfreiheit für die Eltern. Die ist für sozial Schwache sicherlich sinnvoll. Doch eine generelle Gebührenfreiheit nützt nur den Besserverdienenden. Umfragen zeigen, dass Menschen durchaus bereit sind, sogar mehr zu bezahlen, wenn dafür die Qualität in den Kitas steigt. Und das erreicht man nicht unbedingt mit Beitragsfreiheit und besseren Betreuungsschlüsseln. Da ist es sicherlich sinnvoller, Ausbildung und Weiterbildung zu stärken. Also Supervisionen und Coachings für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ermöglichen.
Quelle: Zeit Online

7. **Die Ungleichheit in der OECD ist auf einem Rekordniveau – darunter hat die Gesellschaft zu leiden**
   Wer kritisch auf die hohe soziale Ungleichheit hinweist, dem wird gerne Neid unterstellt. Dabei ist Ungleichheit ein gravierendes Problem.
   Mir selbst ging es so, als ich kürzlich twitterte, dass der Anteil des Einkommens, der in Großbritannien an die reichsten 0,01 Prozent der Erwachsenen geht, fast auf einem Rekordhoch lag. Dies hatte eine Analyse ergeben, die ich auf Basis britischer Steuerdaten vorgenommen hatte.
   Ich hatte mir ein paar Monate Zeit genommen, um ein Buch über das zu schreiben, was wir über wirtschaftliche Ungleichheiten wissen. Und ich war erstaunt über die Menge an vorliegenden Untersuchungen, die zeigen, wie schädlich Ungleichheit für die Menschen ist. Es wird immer deutlicher, dass ein hohes Maß an Ungleichheit unserer Gesundheit, unserem Wohlbefinden, dem sozialen Zusammenhalt und dem gegenseitigen Vertrauen schadet und dass es die Wirtschaftsleistung bremst. Zudem gibt es immer mehr Hinweise darauf, dass Ungleichheiten die Ausgangslage für zukünftige Generationen dramatisch verändern.
   Quelle: Blickpunkt WiSo
8. **Chronische Unterfinanzierung: Demokratieprojekte stehen vor dem Aus**

Nach dem Attentat von Halle betont die Bundesregierung, sie wolle die Demokratie fördern und die Zivilgesellschaft stärken. Aber wie glaubwürdig ist das? Zivilgesellschaftliche Arbeit ist seit Jahren chronisch unterfinanziert. Und das wichtigste Förderprogramm des Bundes wird nun umstrukturiert. Die Folge: Vielen Demokratieprojekten droht das Aus – auch in Ostdeutschland. Immer mehr Engagierte fühlen sich von Politik und Gesellschaft allein gelassen. Abhilfe könnte ein Gesetz bringen, das eine dauerhafte Förderung ermöglicht – doch das kommt seit Jahren nicht.
Quelle: Monitor

9. **"Don't be a tough guy. Don't be a fool!"**
Die US-Regierung kämpft darum, mit der Entscheidung Trumps, die Invasion der türkischen Armee nach Syrien eingeleitet zu haben, irgendwie zurechtzukommen. Die Kritik von allen Seiten war groß, zumal Donald Trump vorgeworfen wird, den Rückzug der US-Truppen in Nordsyrien und den Einmarsch der türkischen Truppen und der türkischen dschihadistischen Milizen nicht sofort mit massiven ökonomischen Sanktionen beantwortet zu haben. Dafür gab es einen peinlichen, kollegialen Brief von Trump am 9. Oktober an Erdogan, der Erdogan nur klar gemacht hat, dass er von Trump nichts zu befürchten hat. Aus Ankara hieß es, der Brief sei weggeworfen worden.
Mühsam hat Washington schwache Sanktionen gegen die Türkei ausgesprochen, die eher dazu gedacht zu sein scheinen, den Plänen des Kongresses den Wind aus den Segeln zu nehmen, als Ankara unter Druck zu setzen. Peinlich ist geradezu das Ergebnis des Besuchs von US-Vizepräsident Mike Pence in Ankara bei Erdogan. Die türkische Regierung werde ihre Angriffe des im Übrigen völkerrechtswidrigen Kriegs für 5 Tage unterbrechen, wenn in der Zeit die kurdischen SDF/YPG-Kämpfer aus der von der Türkei beanspruchten "Sicherheitszone" abziehen. Dafür wird versichert, dass die Nato zusammensteht, alle gegen Bedrohungen zu verteidigen und dass die USA die angedrohten Sanktionen nicht umsetzt.
Die SDF/YPG war allerdings vor dem Beginn des türkischen völkerrechtswidrigen Kriegs keine Bedrohung der Türkei. Offenbar stimmte Pence mit der Türkei überein, die SDF/YPG, mit der die USA den IS bekämpft und syrisches Territorium kontrolliert hat, als Terroristen zu bezeichnen. Die Invasion als Verletzung des Völkerrechts zu bezeichnen, unterblieb auch von US-Seite. Das freilich ist nicht so verwunderlich, weil sich die USA um das Völkerrecht nicht scheren, wenn es nicht ums eigene Machtinteresse geht.
Die US-Regierung räumt der Türkei ein, ein Recht auf die Einrichtung einer "Sicherheitszone", die 32 km in Syrien hineinreicht, zu haben und diese "primär" mit der türkischen Armee zu sichern. Von den dschihadistischen Milizen, die Ankara

einsetzt, ist in der Vereinbarung nicht die Rede, was heißt, dass die USA deren Gräueltaten zulässt.
Trump feierte die Vereinbarung, weil damit angeblich "Millionen von Menschenleben" gerettet worden seien. Erdogan entgegnete, dass mehr Leben gerettet würden, wenn der Terrorismus bekämpft würde. Damit meinte er die syrischen Kurden, obwohl die Türkei den IS unterstützte, die Dschihadisten der HTS in Idlib schützt und selbst Islamisten der HTS und des IS in seinen Milizen einsetzt.
Quelle: Telepolis

10. **Straßen in Ecuador werden gereinigt, Parteien und Presse politisch gesäubert**
Festnahmen und Exilierung von Opposition in Ecuador gehen weiter. Repression sorgt für zunehmenden Widerspruch
Mexiko hat im Zuge der politischen Krise in Ecuador inzwischen ein gutes halbes Dutzend Oppositionsvertreter in seiner Botschaft in Quito aufgenommen, um sie vor politischer Verfolgung zu schützen. […]
Bereits seit dem 12. Oktober hält sich die Abgeordnete Gabriela Rivadeneira in der mexikanischen Botschaft in Quito auf. Mexiko bekräftigt mit dieser Asylpolitik nach eigenen Angaben sein "Engagement zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte aller Menschen, unabhängig von ihrer politischen Orientierung". Die Regierung von Präsident Andrés Manuel López Obrador reagiert damit auf zunehmende Repression in Ecuador gegen Anhänger des ehemaligen Präsidenten (2007-2017) Rafael Correa, einem harschen Kritiker seines Amtsnachfolgers Lenín Moreno. Der Verdacht: Während nach zwölf Tagen heftiger Proteste gegen ein neoliberales Maßnahmenpaket die Straßen in Ecuador gereinigt werden, setzt die Moreno-Führung mit Hilfe der Polizei und einer willfährigen Justiz zu politischen Säuberungen an.
Quelle: amerika21

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Hat sich dazu schon unsere Bundesregierung geäußert? Was wäre wohl wieder los, wenn es sich um Venezuela handeln würde?*

dazu: Militär in Ecuador übernimmt Kontrolle (14. Oktober 2019)
Quelle: Telepolis

und: Volksaufstand in Ecuador erzwingt Rücknahme von IWF-Reformen (14. Oktober 2019)
Quelle: Telepolis

11. **Chinas Wachstum fällt auf 6,0 Prozent**

Seit fast 30 Jahren ist die chinesische Wirtschaft nicht mehr so langsam gewachsen. Das liegt nicht nur an Amerikas Strafzöllen. Viele Probleme sind hausgemacht.
Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft hat sich unerwartet stark verlangsamt und ist auf den niedrigsten Stand seit fast drei Jahrzehnten gefallen. Im dritten Quartal legte die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt nur noch um 6,0 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu, teilte das Statistikamt an diesem Freitag in Peking mit. Als Ursachen nannten Experten den Handelskrieg zwischen China und den Vereinigten Staaten, die Verunsicherung von Investoren und die chinesischen Bemühungen, gegen die wachsende Verschuldung anzugehen. […]
Das langsamere Wachstum in Amerika und China durch den Handelskrieg der beiden größten Volkswirtschaften bremst auch die Weltwirtschaft und verschlechtert die Aussichten für Deutschland. Der Internationale Währungsfonds (IWF) senkte diese Woche seine globale Wachstumsvorhersage für dieses Jahr zum vierten Mal in Folge auf nunmehr 3 Prozent – nach 3,2 Prozent im Juli. Hingegen hält die Bundesregierung zwar an ihrer Vorhersage von 0,5 Prozent Wachstum in diesem Jahr fest, senkte aber am Donnerstag die Prognose für 2020 um 0,5 Punkte auf 1,0 Prozent.
Quelle: FAZ

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, China, wächst um 6 %. Die größte europäische Volkswirtschaft, Deutschland, wächst…gar nicht. Wer ist Schuld? Na klar…China. Das geht auch nicht anders, denn hausgemachte Probleme wie in China kann es beim Musterknaben Deutschland niemals geben. Schließlich ist in Old Germany der globale wirtschaftliche Sachverstand versammelt. Und der Rest der Welt will das einfach nicht begreifen. Wie kann man nur so dogmatisch, trotzig und ignorant sein?*

12. **Das „Wunder in Portugal“: Widerstand gegen die Verarmungspolitik der EU**
Das Erstaunen ist im gesamten Europa groß: in Portugal hat eine linkssozialdemokratische Regierung am vergangenen 6. Oktober hervorragend abgeschnitten – und dieses sogar in einer Koalition mit Parteien, die noch weiter links von ihr angesiedelt sind. Die Partei des Premierministers António Costa konnte sogar erhebliche Stimmengewinne erzielen, und mit ihr die erwähnten Koalitionsparteien. Was aber im gesamten Medienecho fast durchgehend ausgespart blieb: dieses lag daran, dass die portugiesische Regierungspartei seit Beginn ihrer Regentschaft im Jahre 2015 den Bevormundungsversuchen der Euro-Staaten energischen und erfolgreichen Widerstand entgegensetzte, gemeinsam mit ihren Koalitionsparteien. Heißt: in Portugal gab es alles das nicht, was seit 2015 Griechenland mehr und mehr zugrundegerichtet hat – Deregulierungs- und Austeritätspolitik. In Portugal gab es

keine Politik gegen die Armen und keine Politik mit dem Ziel der Verarmung, stattdessen Politik zum Abbau von Verarmung und Armut in Portugal. Nachfolgend kann man im Detail nachlesen, was Portugal stattdessen tat und wie sich dieses grundlegend unterschied und unterscheidet von dem, was seit dem Juli 2015 Griechenland vom Troika-Europa aufgezwungen worden ist. Zurückgegriffen wird dabei auf Informationen, die bei uns bereits am 17. Januar dieses Jahr zu lesen waren, zu einem Teil jedenfalls, und zwar im 149. Bericht zu unserer GriechInnenhilfe.
Quelle: Hinter den Schlagzeilen

13. **Goldman Sachs und mein Krebs**
Das ist pervers. Am 12. September berichtete das ARD-Politmagazin Panorama: Fast alle großen Pharmaunternehmen weltweit, darunter auch Bayer, sind aus der Forschung an Antibiotika, insbesondere zur Bekämpfung der immer gefährlicher werdenden resistenten Keime, ausgestiegen. Die Begründung: Die »Profitaussichten« seien zu gering!
Dabei sterben jedes Jahr zehntausende Menschen in der EU an den Folgen einer Infektion mit resistenten Keimen, davon bis zu 3000 in Deutschland. Die OECD warnte schon 2018: Rund 2,4 Millionen Menschen könnten bis zum Jahr 2050 in Europa, Nordamerika und Australien an multiresistenten Keimen sterben, wenn der gegenwärtige Trend bei der Verbreitung der Erreger anhält und die Politik nicht gegensteuert. Aber, so Panorama: »Mittel gegen Krebs sind für die Konzerne lukrativer.«
Dann informierte 3sat am 19. September in der Sendung Scobel über die Einstellung einer anderen Studie: Ein Programm zur Heilung von Alzheimer mit 3200 Teilnehmern weltweit wurde 2019, knapp ein Jahr vor dem Ende, über Nacht abgebrochen – was die Betroffenen aus den Medien erfuhren. »Für die Alzheimer-Forschung ist das ein herber Rückschlag, da es sich um ein bis dato vielversprechendes Medikament handelt, das bei positivem Verlauf bereits 2023 auf dem Markt verfügbar gewesen wäre«, kommentierte Richard Dodel, Neurologe an der Universität Duisburg-Essen, den Studienabbruch. Jetzt sei es wichtig, die Alzheimer-Forschung forciert zu fördern. An dieser Förderung durch die öffentliche Hand scheint es zu fehlen, obwohl es allein in Deutschland mehr als 1,7 Millionen Alzheimer-Kranke gibt. Auch die abgebrochene Alzheimer-Forschung war von privaten Geldgebern des US-amerikanischen Pharmakonzerns Biogen abhängig, die wie üblich darauf hofften, durch steigende Aktienkurse schnellen Profit zu machen. Als sich die Aussichten minderten, mit dem Medikament bald auf den Markt zu kommen, stieg Biogen aus. Wie das Handelsblatt berichtete, minderte das innerhalb weniger Stunden den Börsenwert der Firma um 17 Milliarden Dollar.
Quelle: Ossietzky

14. **Sonntags shoppen, brunchen, Klima killen**
Eigentlich ist das ja bizarr, denn wenn wir von mehr Verkaufszeit sprechen, dann tangiert das ja auch das Thema der Stunde: Das Klima. Noch ein Tag mehr, an dem alle in die Innenstädte karren, um erst einen Parkplatz, dann neuen Schnickschnack zu suchen. Als ob die Innenstädte nicht genug mit dem Straßenverkehr zu tun hätten, der sie werktags schon im Griff hat.
Der Konsum ist ja ohnehin der Faktor schlechthin, der unser Klima aus dem Ruder laufen lässt. Im Regelfall versteift man sich in der Debatte auf Flugreisen, Autofahren und Heizungen. Aber der vielleicht wichtigste Faktor ist das Shoppen, insbesondere die Wegwerfmentalität, die geplante Obsoleszenz also – und der Umstand, dass im Grunde nie mit dem Konsum Schluss ist.
Klar macht ein weiterer offener Einkaufstag den Kohl auch nicht mehr fett. Im Grunde ist das wahrscheinlich Erbsenzählerei. Aber was für ein fatales Zeichen ist das eigentlich, wenn kommunale Verantwortungsträger sonst so tun, als lägen ihnen Umwelt, Natur und Klima am Herzen, aber wenn es dann um den Absatz geht, ist ihnen nicht mal der Sonntag heilig. Ja, noch nicht mal dann, wenn sie aus dem christlichen Parteienlager kommen.
Quelle: Heppenheimer Hiob